

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Das Amt kommt zum Bürger: Mobile Bürgerdienste aktiv nutzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass moderne Techniken des E-Governments (Mobile Bürgerämter und Online Angebote) zügig weiter ausgebaut werden und eine breitere Anwendung finden, um somit allen Berlinerinnen und Berlinern notwendige Behördengänge zu erleichtern. Hierfür soll der Senat gemeinsam mit den Bezirken die Zielvereinbarung zu den Bürgerdiensten fortentwickeln und sie konsequent den sich ändernden Bedarfen der Bevölkerung, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, anpassen.

Folgende Schwerpunkte sind zu setzen:

- a) Das Angebot der Online-Bürgerdienste ist ohne Medienbrüche zügig weiter auszubauen.
- b) Das mobile Bürgeramt (das Amt kommt zum Bürger) soll stadtweit zum Einsatz kommen, um z.B. mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger bei Behördengängen zu unterstützen.
- c) Die elektronische Terminvergabe zur Vermeidung unnötiger Wartezeiten in den stationären Bürgerämtern ist flächendeckend zu ermöglichen.
- d) Stationäre Bürgerämter, die künftig durch den Einsatz von elektronisch, telefonisch oder mobil angebotenen Dienstleistungen weniger aufgesucht werden, sollen sich verstärkt auf Bevölkerungsgruppen einstellen, die keinen Zugang zu neuen Medien haben, wohl aber ein hohes Maß an individueller Betreuung benötigen.
- e) In Einzelfällen soll geprüft werden, ob wenig aufgesuchte Bürgerämter zugunsten mobiler Lösungen eingeschränkt werden können.

Über den Stand der Umsetzung ist dem Abgeordnetenhaus zum 31. Mai 2010 zu berichten.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Begründung:

Lösungen des E-Governments ermöglichen der Bevölkerung heute bereits Behördendienstleistungen in Anspruch zu nehmen, ohne dafür das Amt aufsuchen zu müssen. Der vorliegende Antrag möchte vor dem Hintergrund des veränderten Medienverhaltens der Berlinerinnen und Berliner und der zunehmend älter werdenden Berliner Bevölkerung den Einsatz von modernen E-Government Lösungen befördern. Das „Mobile Bürgerbüro“, „Online-Bürgerdienste“ und die deutschlandweite Telefonnummer „D 115“ werden gut und gerne von der Bevölkerung angenommen. Diese Dienste weiter auszubauen, ihre Nutzung mehr Menschen zu ermöglichen und die dadurch innerhalb der Verwaltung entstehenden Synergien zu nutzen, soll verstärkt umgesetzt werden. Hierfür ist es unerlässlich, dass die Verwaltung, wo möglich, traditionelle Dienstleistungswege abbaut oder einschränkt. Die den Bezirken zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen dem Wandel in der Gesellschaft Rechnung tragen und daher konsequent für die Entwicklung dieser Dienste verwendet werden.

Die verbleibenden stationären Bürgerämter sollen ihr Profil weiter entwickeln, um auch den Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden zu können, die keinen Zugang zu den neuen Medien finden.

Berlin, den 20. Mai 2009

Müller Flesch
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Dr. Zotl
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion